



1



Heute wollen wir, das Landesarchiv Berlin, uns gerne bei Ihnen vorstellen und Ihnen die Vorteile darstellen, warum gerade wir als außerschulischer Lernort der optimale Partner für Sie sind.

Unter dem Motto „**Unterricht interessant gestalten**“ können wir als Landesarchiv Ihren Schülern die Fakten der Geschichte, die in den Rahmenlehrplänen verankert sind (Themenkomplexe wie beispielsweise Demokratie, Nationalsozialismus, Revolution, Weimarer Republik, das Inflationsjahr 1923, Wiedervereinigung Deutschlands), hautnah näherbringen und das nicht nur anhand deutschsprachiger Archivalien sondern auch in den Sprachen Englisch, Russisch, Französisch und Polnisch. Durch den Transport der Geschichte in den Lebensraum der Schüler werden Fakten, Zahlen und Daten auch persönlich erfahrbar. Und dies stößt auf großes Interesse der Schüler.

Wir als zentraler historischer Lernort bieten Ihnen die einmalige Chance, Geschichte vor Ort zu erleben, der Geschichte der eigenen Lebens- und Erfahrungswelt zu begegnen und diese exemplarisch für die allgemeine Geschichte selbständig zu untersuchen. Schüler erhalten also durch die Arbeit im Landesarchiv Berlin die Chance, wichtige Schlüsselqualifikationen zu erwerben, wie die eigenständige Entwicklung von Lösungswegen für Problemstellungen, die Entwicklung von Recherchestrategien, die Deutung und Auswertung von Quellen sowie die Präsentation von erzielten Resultaten. Diese erlernten Kompetenzen werden den Schülern in Ihrer weiteren Ausbildung, im Studium und im Beruf sehr von Nutzen sein.

### **Wir als Landesarchiv Berlin können Ihnen zwei verschiedene Veranstaltungen anbieten.**

Zum einen die **Projektarbeit** bei der einzelne Schüler oder Gruppen Recherchen zu einem bestimmten Thema über einen längeren Zeitraum durchgeführt werden. Dabei lernen Schüler „forschend – entdeckend“ mit den Archivalien. Sie suchen und finden eigenständige Lösungswege zu den Fragestellungen. Sie können die Geschichte in ihrem eigenen Umfeld wiederfinden und diese Erfahrung lässt Geschichte wesentlich interessanter erfahren, als im normalen Schulunterricht.

Da das Landesarchiv Berlin auch viele fremdsprachige Bestände besitzt, könnte man den Schülern nicht nur die Geschichte näher bringen, sondern auch gleichzeitig ihre gewählte Fremdsprache verbessern.

Zum anderen kann das Landesarchiv Berlin auch bei **Wettbewerben** eine große Unterstützung bieten. Neben dem alle 2 Jahre ausgeschriebenen Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten könnten auch alle Beiträge weiterer Wettbewerbe unterstützt werden, z.B. den internationalen Schul- und Jugendwettbewerb des Fonds „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“, den Wettbewerb „Denkmal“ des Berliner Abgeordnetenhauses oder den Victor-Klemperer-Wettbewerb. Zur Vorbereitung wird den Schülern ein Spezialinventar zu dem jeweiligen Thema zur Verfügung gestellt, in dem die wichtigsten Bestände zum gewählten Thema aufgelistet sind.

Natürlich bieten wir auch **Archiveinführungen** an, bei denen die Schüler die Aufgaben, Arbeitsweisen und gesetzlichen Grundlagen des Landesarchivs Berlin kennen lernen können. Ebenfalls können wir den Schülern anbieten eine Geburtstagszeitung zu erstellen, einen Einblick in die Restaurierungswerkstatt zu erhalten, wo selbständig Papier geschöpft und Siegel hergestellt werden kann. Was bei Schülern immer sehr beliebt ist, ist die Einführung in die Paläografie, also die Schriftkunde, wo sie lernen die alte deutsche Schrift nicht nur zu lesen sondern auch zu schreiben.

**Auf den folgenden Seiten finden Sie einen kleinen Teil der Bestände, die für die Projekte zur Verfügung stehen, desweiteren finden Sie unsere Seminartermine, sowie unsere Kontaktdaten. Wir hoffen, dass wir Ihr Interesse wecken konnten und würden uns freuen bald von Ihnen zu hören.**

## ■ BESTÄNDE IM LANDESARCHIV BERLIN

### BESTÄNDE FÜR DEN GESCHICHTSUNTERRICHT

3

#### **A Rep. 260**

**Berliner Verkehrs-Gesellschaft von 1892 bis 1949 (- 1955)**

Nachdem sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Berlin wie in anderen europäischen Großstädten auch ein System des städtischen Personalverkehrs ausgebildet hatte, wurden im Jahr 1929 die drei inzwischen kommunalisierten Betreiberorganisationen für Omnibusse, Straßenbahnen und die Hoch- bzw. Untergrundbahnen für (kurz: U-Bahn) zur „Berliner Verkehrs-AG (BVG)“ zusammengeschlossen. 1938 wurde die BVG in einen Eigenbetrieb der Stadt umgewandelt. Damit stellte sie ein aus dem Haushalt der Stadt ausgegliedertes Sondervermögen dar, das selbständig nach betriebs- und finanzwirtschaftlichen Maßstäben verwaltet wurde.

#### **A Rep. 358-01**

**Generalstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin – Strafverfahren von 1919 bis 1933**

Zeitlich umfasst dieser Aktenbestand die Jahre der Weimarer Republik, greift jedoch mit einigen Ausnahmen darüber hinaus, etwa im Falle des Prozesses gegen Wilhelm Voigt („Hauptmann von Köpenick“, 1906) oder des Bauunglücks bei der Berliner Nord-Süd-S-Bahn (1935). Inhaltlich vermitteln die Prozessakten ein eindrucksvolles Bild der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Jahre 1918 bis 1933.

#### **A Rep. 302**

**Landesversicherungsanstalt Berlin von (1895 -) 1933 bis 1945**

Auf Anraten von Reichskanzler Bismarck und in Hinblick auf die erstarkende Arbeiterbewegung forderte Kaiser Wilhelm I. in seiner Thronrede zur Eröffnung des Reichstages auf, „zur positiven Förderung des Wohles der Arbeiter“ Gesetze zum Schutz der Arbeiter gegen Krankheit, Unfall, Invalidität und im Alter zu beschließen. Nach langwierigen Vorbereitungen und Untersuchungen verabschiedete der Reichstag am 15. Juni 1883 das Krankenversicherungsgesetz, am 6. Juli 1884 das Unfallversicherungsgesetz und am 22. Juni 1889 das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. Als regional gegliederte Versicherungsträger der Invalidenversicherung - wie die Rentenversicherung anfänglich hieß - wurden „Landesversicherungsanstalten“ errichtet. Ihnen standen Ausschüsse und Vorstände vor, in denen Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten die Geschicke der Anstalten lenkten. Ab 1. Januar 1891 gab es Invalidenrenten bei dauerhafter Erwerbsunfähigkeit, Altersrenten wurden mit Vollendung des 70. Lebensjahres ausbezahlt. Da die Berliner Landesversicherungsanstalt, 1884 gegründet, eine hohe Anzahl von Unfähigkeitsrenten und Witwen- und Waisenrenten zahlen musste, begann sie schon bald Heilstätten (z. B. Beelitz, 1894) zur Rehabilitation von kranken Arbeiterinnen und Arbeitern zu bauen. In der Zeit des Nationalsozialismus erfuhr die Krankenversicherung mit dem Gesetz über den Aufbau der Sozialversicherung von 1934 und der anschließenden Aufbaugesetzgebung eine völlige Umstrukturierung. So wurde die Selbstverwaltung aufgelöst und durch das sogenannte Führerprinzip ersetzt. Weiterhin wurden zentralisierten Landesversicherungsanstalten die Wahrnehmung von Gemeinschaftsaufgaben, wie Vertrauensärztlicher Dienst und Prüfung der Krankenkassen, übertragen.

Wir haben Ihnen hier eine kleine Auswahl an Beständen, die für die Projektarbeiten benutzt werden können, aufgelistet und hoffen, dass diese Ihr Interesse wecken.

## **A Rep. 366**

**Untersuchungsgefängnisse von 1882 bis 1945 (1953, 1963)**

Nachdem sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Berlin wie in anderen europäischen Großstädten auch ein System des städtischen Personalverkehrs ausgebildet hatte, wurden im Jahr 1929 die drei inzwischen kommunalisierten Betreiberorganisationen für Omnibusse, Straßenbahnen und die Hoch- bzw. U-Bahn für (kurz: U-Bahn) zur „Berliner Verkehrs-AG (BVG)“ zusammengeschlossen. 1938 wurde die BVG in einen Eigenbetrieb der Stadt umgewandelt. Damit stellte sie ein aus dem Haushalt der Stadt ausgegliedertes Sondervermögen dar, das selbständig nach betriebs- und finanzwirtschaftlichen Maßstäben verwaltet wurde.

## **A Rep. 250-04-09**

**Gárbaty Cigarettenfabrik von (1897 -) 1906 bis 1949 (- 1950)**

Im Jahre 1879 stieg Josef Garbáty-Rosenthal in das Geschäft seines Vaters ein, der Zigaretten in Hand- und Heimarbeit herstellte. Er vergrößerte die väterliche Firma, die seit 1896 als „Cigaretten Fabrik J. Garbáty“ im Handelsregister eingetragen war und bezog in Pankow ein eigenes Fabrikgebäude, das im Laufe der Zeit ebenfalls erweitert wurde. Hier wurden prämierte Zigarettenmarken, darunter die „Königin von Saba“, „Kurmark“ und „York“ hergestellt. Zu Werbezwecken lagen den Zigaretenschachteln stets Sammelbilder bei. Im Jahre 1911 wurde das Unternehmen in eine offene Handelsgesellschaft umgewandelt.

Unter Leitung der beiden Brüder die jüdische Herkunft waren, wurde die Firma 1930 zur „Garbáty Cigarettenfabrik GmbH“. Fast 1600 Betriebsangehörige waren zu diesem Zeitpunkt in der Firma beschäftigt. Durch den Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 war auch die Firma von der judenfeindlichen Politik der neuen Machthaber getroffen. Die Verkaufszahlen gingen stark zurück. Im November 1938, ein Jahr vor der Auswanderung der beiden Brüder, wurden sie zu dem Verkauf der Fabrik an eine Gruppe um dem Kölner Jakob Koerfer gezwungen. Das Unternehmen an sich existierte noch bis 1949 und wurde schließlich von der British-American Tobacco (B.A.T.) übernommen.

## **C Rep. 902-02-05**

**Bezirksleitung Berlin der SED, Bezirksparteiarchiv – Sammlungsgut von (1871 - ) 1890 bis 1989**

Aus Einzeldokumenten, v.a. Einzelnummern von Zeitungen, Faksimiles oder Kopien, Flugschriften, Broschüren, bis hin zu Ausweisen, Fotos u.ä., wurde im Bezirksparteiarchiv Berlin der Bestand „Sammlungsgut“ gebildet. Grundlage für die Ordnung dieser Sammlung bildete eine „Periodisierung der Geschichte Arbeitserwerbung.“

## **A Pr. Br. Rep. 005 A**

**Stadtgericht Berlin von (1626 - ) 1838 bis 1879**

Das Stadtgericht Berlin übte seit Einsetzung eines Magistrats für alle Stadtteile im Jahr 1709 durch König Friedrich I. die Rechtsprechung in Zivil- und Kriminalsachen über die ihm unterstellten Bürger aus. Die Steinsche Städteordnung des Jahres 1808 löste die Rechtsprechung aus der Stadtverwaltung heraus. Das Stadtgericht wurde eine königliche Behörde. Die Zuständigkeit für Kriminalsachen übernahm ab 1837 das neu gebildete Landgericht Berlin, das wiederum 1839 im Kreisgericht aufging. Durch das Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1879 wurde das Stadtgericht aufgelöst. An seiner Stelle trat in erster Instanz das Amtsgericht.

## **C Rep. 120**

### **Magistrat von Berlin, Abteilung Volksbildung von 1945 bis 1990**

Mit der Konstituierung des Magistrats am 17. Mai 1945 wurde eine „Abteilung für Volksbildung“ eingerichtet. Die Abteilungen gliederte sich in ein „Schulamts der Stadt Berlin“, eine „Abteilung für Wissenschaft“, eine „Abteilung Kammer der Kunstschaffenden“, eine „Abteilung Museen und Sammlungen“, eine „Abteilung Büchereiwesen“, eine „Abteilung Volksaufklärung und Freizeitgestaltung“, einen „Sportausschuss“ und einen „Jugendausschuss“. Zu den wichtigsten Aufgaben der angestrebten antifaschistischen Schulpolitik gehörten die Entnazifizierung des Personals und die Wiederaufnahme des Schul- und Hochschulbetriebes mit erneuten Lerninhalten. Im kulturellen Bereich sollten die bestehenden Möglichkeiten für Veranstaltungen rasch der Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Einem Erlass des Staatsrates der DDR von 1965 folgend, wurden 1966 die Verantwortungsbereiche der Mitglieder des Magistrats neu geordnet. Auf Grundlage des „Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem von 1965 oblag dem Stadtrat die Leitung und Entwicklung der Volksbildungseinrichtung, der Einrichtungen der Berufsbildung und der Jugendhilfe. Mit dem Tag der deutschen Einheit am 03. Oktober 1990 endete auch die administrative Teilung Berlins. Die Magistratverwaltung Berlin (Ost) wurde aufgelöst; die Aufgaben „Magistratverwaltung für Bildung“ wurden von einer gemeinsamen „Senatsverwaltung für Schule, Berufsbildung und Sport“ wahrgenommen. Die Überlieferung der Magistratsabteilung für Volksbildung gelangte ab den 70er Jahren aus dem Verwaltungsarchiv des Magistrats in das Landesarchiv Berlin.

## **■ Bestände in Englisch**

### **B Rep. 035**

#### **Military Government British Troops - Legal Branch von 1945 bis 1955**

Die 1945 in Berlin errichtete Britische Militärregierung verstand sich ebenso wie die drei anderen Militärregierungen als ein „Element“ der Alliierten Kommandantur. Sie war für die Bezirke Charlottenburg, Spandau, Tiergarten und Wilmersdorf zuständig.

Die Legal Branch überwachte die britischen Militärgerichte und Gefängnisse sowie die deutschen Gerichte und Gefängnisse. Ihre Vertreter führten Inspektionen in deutschen Gefängnissen durch, beobachteten die Einnahmen und Ausgaben der Gerichte und forderten regelmäßig Berichterstattung der zuständigen Berliner Behörden. Nach Ende der Militärregierung im September 1949 führte die Legal Branch mit eingeschränkter Kompetenz, als Teil der British Element, der Hohen Kommission ihre Arbeit bis 1955 fort.

### **B Rep. 036-01**

#### **Office of Military Government Berlin Sector (OMGUS) von 1941 – 1951**

Nach Trennung der Militärregierung von den Streitkräften wurde am 1. Oktober 1945 das Office of Military Government for Germany U.S. (OMGUS) eingerichtet. Um die Regierungsaktivitäten besser zu koordinieren und die deutsche Verwaltung effektiver überwachen zu können, wurde Ende Januar 1946 die räumliche Trennung von der Armeeführung vollzogen. Am 1. November 1946 erfolgte die vollständige Trennung von den Streitkräften. Die Behörde nannte sich seit dem Office of Military Government Berlin Sector (OMGBS) und verstand sich als ein Element der Alliierten Kommandantur.





**B Rep. 037**

Sammlung Amerikanische Behörden in Berlin von 1941 bis 1951 (1981)

Der Bestand enthält Kopien aus amerikanischen Beständen unterschiedlicher Herkunft, u.a. Office of Strategic Service/Mission for Germany U.S Forces European Theater; Allied Operational and Occupation Headquarters World War II; Office of Military Government for Germany (OGMUS), Allied Kommandatura Berlin; Adjutant General.

**■ Bestände in Französisch****A Rep. 001-01**

Comité administratif von 1806 bis 1809 (1810 - 1862)

Nach der Niederlage der preußischen Armee bei Jena und Auerstedt im Oktober 1806 wurde die Gesamtverwaltung Berlins einschließlich bisheriger staatlicher Aufgaben in die Hände des Magistrats gelegt. Am 19. Oktober gab sich der Magistrat einer neuen Geschäftsverteilung in sieben Bereiche. Am 29. Oktober kamen die vom Magistrat benannten 2000 wohlhabendsten Bürger Berlins zusammen, um aus ihrer Mitte eine 60-köpfige Generalverwaltung zu wählen. Die Hauptaufgaben der Stadtverwaltung bestanden nun darin in der Verteilung der Besatzungslasten, insbesondere der Belieferung und Einquartierung der französischen Truppen bis zur Räumung Berlins am 19. November 1808, sowie in der Einziehung der Kriegskontributionen in Höhe von insgesamt 2,7 Millionen Talern.

**■ Bestände in Russisch****C Rep. 970**

Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Bezirksorganisation Berlin von 1947 bis 1989

Zum Abbau der nach Kriegsende bestehenden antisowjetischen Haltungen in der deutschen Bevölkerung unterstützten die sowjetische Besatzungsmacht und die SED die Tätigkeit der v. a. beim Kulturbund entstandenen Zirkel, Klubs und Arbeitsgemeinschaften, die sich mit der Sowjetunion beschäftigten. Als größte Freundschaftsgesellschaft der DDR entwickelte sich die zunächst als Studienorganisation gegründete Vereinigung zur zweitgrößten politischen Massenorganisation der DDR. In ihrer praktischen Tätigkeit widmet sich die Organisation v.a. der Propaganda für das Bündnis der DDR mit der UdSSR, doch wurden auch Informationen und Kenntnisse über die Gesellschaft der UdSSR, die sowjetische Kultur und die Lebensweise vermittelt.

**C Rep. 800**

Deutsche Treuhandverwaltung des sequestrierten und beschlagnahmten Vermögens im sowjetisch besetzten Sektor der Stadt Berlin (DTV) von (1945 - ) 1947 bis 1949 ( - 1952)

Am 2. Juli 1945 hatte der Magistrat eine „Verordnung über die Anmeldung und Beschlagnahme des Vermögens von Personen, die sich aktiv faschistisch betätigt haben“, beschlossen. Die Verwaltung der beschlagnahmten Betriebe und des sonstigen Vermögens wurde zunächst den Bezirksämtern übertragen. Die sowjetische Zentralkommandantur von Berlin erließ daraufhin am 1. April



1947 den Befehl Nr. 27 „Über Errichtung der Deutschen Treuhandstelle zur Verwaltung des sequestrierten und beschlagnahmten Eigentums, das unter der Wirkung der Befehle der SMAD Nr. 124 und 126 im sowjetischen Besatzungssektor der Stadt Berlin fällt“.

Mit der Schaffung dieser vom Magistrat unabhängigen Stelle wurden die Aufgaben der Verwaltung beschlagnahmten und sequestrierten Eigentums den Deutschen Behörden entzogen. Mit Befehl Nr. 133 vom 19. September 1947 erfolgte die Reorganisation der Treuhandstelle zur „deutschen Treuhandverwaltung des sequestrierten und beschlagnahmten Vermögens im sowjetischen Besatzungssektor der Stadt Berlin“.

Am 5. Februar 1949 erließ die sowjetische Kommandantur den Befehl Nr. 12 „Über die Übergabe von deutschen Betrieben und anderen Vermögen, die sich unter Sequester der sowjetischen Besatzungsbehörden in Berlin befinden, an den demokratischen Magistrat“. Die Treuhand und sonstigen Vermögenswerte wurden damit wieder in die Verfügungsgewalt des Magistrats gegeben.

## **Bestände in Polnisch**

### **A Pr. Br. Rep. 030**

**Polizeipräsidium Berlin von (1718 -) 1815 bis 1945**

Die preußische Städteordnung vom 19. November 1808 sah vor, in den größeren Städten eine staatliche Polizeiverwaltung zu errichten und in den kleineren die Ausübung der Polizei dem Magistrat zu übertragen. Dementsprechend wurde in der Residenzstadt Berlin am 25. März 1809 ein Königliches Polizeipräsidium errichtet. Dem Polizeipräsidium Berlin oblagen neben den ortspolizeilichen Aufgaben auch landespolizeiliche Funktionen. Durch Kabinettsorder vom 21. Dezember 1821 wurde das Polizeipräsidium zum 1. Januar 1822 in der alten Form wiederhergestellt. Seitdem nahm die Behörde gemeinsam mit der Ministerial-, Militär- und Baukommission die Funktionen einer preußischen Regierung für Berlin wahr.

Mit dem Zusammenschluss der Vororte zur neuen Stadtgemeinde Berlin 1920 entstand das bis 1945 im wesentlichen unveränderte kommunale und staatliche Verwaltungsterritorium, in dem Landes- und Ortspolizeibezirk identisch waren. Das Polizeipräsidium war oder wurde im Laufe der Jahre zuständig für die Sicherheits- und Ordnungspolizei, die politische Polizei, Presse und Theater, Innere Angelegenheiten und Hoheitssachen, Gesundheits- und Sozialwesen, Gewerbeaufsicht, Bau- und Feuerpolizei, Straßen- und Verkehrswesen, Wasserbau und Schifffahrt.

### **B Rep. 057-01**

**Generalstaatsanwaltschaft bei dem Kammergericht/Arbeitsgruppe RSHA  
(1933-1945, 1955-196 1963 – 1987)**

Im März 1963 ließ der Generalstaatsanwalt (Hans Günther) beim Kammergericht Berlin erste Vorermittlungen gegen die ehemalige Angehörige des Reissicherheitshauptamtes (RSHA) bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin einleiten. Für die Ermittlungen wurde eine „Arbeitsgruppe RSHA“ unter Leitung eines Oberstaatsanwaltes eingerichtet. Die Ermittlungen richteten sich ausschließlich gegen die ehemalige RSHA-Angehörige. Zwischen den Jahren 1963 und 1973 wurden ca. 900 Personen Beschuldigt und insgesamt 28 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die meisten Fälle wurden aus Mangel an Beweisen, Nichtermittlung oder Tod der Täter eingestellt. Schon vor Ablauf der letzten Prozesse Anfang der 1970er Jahre wurde die Abteilung aufgelöst und die Staatsanwälte zu anderen Gerichten abgeordnet. Element der Alliierten Kommandantur.

Rep. 239-01



Rep. 260-01 A 100



Siegel Schriften. Bd. IV



## ■ SEMINARPROGRAMM

10

### Termine

Montag

25. Februar

10. März

31. März

14. April

2. Juni

30. Juni 2008

### Informationsveranstaltung

#### Europaschulen treffen das Landesarchiv Berlin

Themen: Einführung in die Archivthematik,  
bisherige Projektergebnissen von Schulklassen,  
Vorstellung der Projektarbeit und Wettbewerbsarbeit,  
Einführung in Augias, Fragerunde

Veranstalter: Landesarchiv Berlin

Kontakt: Marta Hodak ([hodak@larch.verwalt-berlin.de](mailto:hodak@larch.verwalt-berlin.de))  
Susanne Plath ([susanne.plath@rathaus.potsdam.de](mailto:susanne.plath@rathaus.potsdam.de))  
Telefon: 030/90264-0 (Zentrale)

Ort: Landesarchiv Berlin, Eichborndamm 115 – 121,  
13403 Berlin, Seminarraum 121

Beginn: jeweils ab 15.00 Uhr

## ■ KONTAKT LANDESARCHIV BERLIN



Eichborndamm 115-121  
13403 Berlin

**Telefon:**

030/90264-0 (Zentrale)  
030/90264-153 (Allgemeiner Lesesaal)  
030/90264-273 (Fotolesesaal)  
030/90264-216 (Kartenlesesaal)

**Telefax:**

030/90264-201

**Lesesaal Öffnungszeiten:**

Di – Do 9.00 – 18.00  
Fr 9.00 – 15.00  
Mo geschlossen

**Karten- und Fotolesesaal Öffnungszeiten:**

Di – Fr 9.00 – 15.00  
Mo geschlossen

**Homepage:**

[www.landesarshiv-berlin.de](http://www.landesarshiv-berlin.de)

**E-Mail:**

[info@landesarshiv-berlin.de](mailto:info@landesarshiv-berlin.de)  
[lesesaal@larch.verwalt-berlin.de](mailto:lesesaal@larch.verwalt-berlin.de)

**Ansprechpartner:**

Marta Hodak ([hodak@larch.verwalt-berlin.de](mailto:hodak@larch.verwalt-berlin.de))  
Susanne Plath ([susanne.plath@rathaus.potsdam.de](mailto:susanne.plath@rathaus.potsdam.de))

**Verkehrsverbindung:**

S 25 Eichborndamm  
S 1 Wittenau  
U 6 Scharnweberstraße  
U 8 Rathaus Reinickendorf  
Bus 221, Haltestelle Landesarchiv